Nr. 205 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 19. August 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Lohn- oder Kursfall 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Nachlaßanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13892 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Proteststreik in Oberschlesien

Blutige Zusammenstöße mit dem französischen Militär

† Kattowitz, 18. August. (Eig. Drahtbericht)

Zu einer gewaltigen Kundgebung für die Neutralität Oberschlesiens im Polnisch-Russischen Kriege fanden sich gestern nachmittag alle Schichten der Bevölkerung zusammen. Innerhalb zwölf Stunden hat sich ein Generalstreik durchgesetzt. Die industriellen Betriebe ruhen, die Geschäfte sind geschlossen. In den frühen Nachmittagsstunden bereits strömten unendliche Scharen in Kattowitz auf dem Friedrichsplatz zusammen. Gegen den Franzosen waren starke militärische Kräfte aufgeboten. Um 5 Uhr begannen die Ansprachen an die versammelte Menge. Die Herren Hauke (Mitglied der preußischen Landesversammlung), Kubik (freie Gewerkschaften) und Gerhard Spell (MSPD.) führten etwa folgendes aus:

Es scheint, als wollte man Oberschlesien als Aufmarschgebiet für neue Kämpfe verwenden. Die Wunden des letzten Krieges sind noch nicht vernarbt und trotzdem versucht man bereits, uns in einen neuen Krieg zu hetzen. Was wir fordern müssen ist: Keine Munitionstransporte nach Oberschlesien, keine Truppentransporte. Wir fordern ein Kontrollrecht der Arbeiterschaft über die durchkommenden Truppen. Wir dürfen keine Lebensmitteltransporte durchgehen lassen. Wir fordern, daß Oberschlesien von fremden Truppen freibleibt. Euer Freunde erinnern wir an die Worte des Bergarbeiterführers Hué auf dem Bergarbeiterkongreß in Genf „Die Kohlenverteilung besorgen die Arbeiter". (Stürmische Bravorufe.) Das fordern auch wir, da von einer gewissen Seite die Kohle ungerecht verteilt wird. In der von den Rednern vorgeschlagenen Resolution heißt es:

Die bisherigen Truppen genügen zum Schutze des Plebiszits. Neue Truppenverstärkungen belasten nur die Steuerzahler und erhöhen die Kriegsgefahr. Nieder mit dem Krieg! Es lebe der Frieden! Hoch die Solidarität der Kopf- und Handarbeiter!

Die Redner wiesen weiter darauf hin, daß die Friedrichstraße von den alliierten Truppen und der Sicherheitswehr abgesperrt sei. Dann setzte sich der Zug in der Richtung Friedrichstraße in Bewegung. Man sah viele Tafeln mit Aufschriften „A bas la guerre". Vor dem Kordon, der vor dem Gebäude der interalliierten Kommission gezogen war, staute sich die Menge. Stöcke wurden drohend geschwungen und Pfuirufe wurden laut. Ein Teil des Zuges schwenkte nach längerem Zögern ab und marschierte dann nach dem Gewerkschaftshause. Im Zuge wurde „Die Wacht am Rhein" und „O Deutschland, hoch in Ehren" gesungen.

Inzwischen ging die französische Kavallerie mit blanker Waffe zur Säuberung des Platzes vor. Unter Hochrufen auf die Franzosen hatte sich ein kleines Häuflein Großpolen gesammelt und begann polnische Lieder zu singen. Von der Menge löste sich ein größerer Trupp ab und ging zum Sturm gegen das Polenhäuflein über, das sofort flüchtete. Einige großpolnische Schreier wurden hierbei arg verprügelt. Vor dem Hotel Wiener Hof, wohin sich anscheinend die Polen geflüchtet hatten, kam es zu Demonstrationen. Die Situation vor dem Truppenkordon spitzte sich immer mehr zu. Plötzlich knatterten ein paar Schüsse und dazwischen ihnen einige dumpfe Detonationen von Handgranaten. Der Tumult wurde unbeschreiblich. Soweit bis 8 Uhr abends bekannt wurde, sind neun Tote und 15 Verwundete, darunter zehn Angehörige der Sicherheitswehr, zu verzeichnen. Bemerkenswerterweise kam es zu keinerlei Kundgebungen für die Sicherheitspolizei und ihren Führer General Hoffmann.

Der Eisenbahnverkehr wurde während des siebentägigen Streiks ohne Unterbrechung aufrechterhalten, dagegen waren Telephon und Telegraph, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk außer Betrieb.

•

Die Unruhen halten an

† Kattowitz, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Um 11 Uhr nachts fielen in der Nähe der Kommandantur mehrere Schüsse, die einige Opfer gefordert haben. In der Menge wurde von Versuchen geredet, durch Sprengung sich Eingang in die Kommandantur zu verschaffen. Tatsächlich wurden verschiedene Sprengungen gehört. Bewaffnete Truppen, die Revolver und Jagdgewehre trugen, marschierten durch die Stadt. Kurz nach 1 Uhr morgens setzte in der Gegend des Bahnhofes Gewehrfeuer auf die französischen Posten ein, das mit Maschinengewehrfeuer und Handgranaten beantwortet wurde. Um ½2 Uhr wurde das Feuer lebhafter. Auch um 2 Uhr morgens wurde noch heftig geschossen.

† Kattowitz, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage ist um Mitternacht im allgemeinen noch unverändert. Mehrere Personen aus der Menge, die sich vor dem Gebäude der interalliierten Kommission angesammelt hatten, bemächtigten sich eines der Kommission gehörigen Autos und fuhren davon, ohne daß die französische Besatzung sie gehindert hätte. Angesichts der drohenden Haltung der Bevölkerung nahm ein französischer Offizier die Verhandlungen unmittelbar mit der Menge auf und stellte die geforderte Waffenruhe zur Beruhigung der Bevölkerung als möglich in Aussicht. Gegenwärtig werden die Verhandlungen noch fortgesetzt. Anderseits verlautet, daß die Franzosen sich bereit erklärt haben, die Waffen nur der Bedingung abzugeben, daß diese unter der Obhut der Sicherheitswehr in die Kasernen geschafft werden sollen. Ueber dieses Angebot sollen aber noch Differenzigkeiten herrschen.

Verhandlungen mit der Besatzung

† Kattowitz, 18. August. (Eig. Drahtbericht)

Die Erregung unter der Bevölkerung hat in den späten Abendstunden den Höhepunkt erreicht. Vereinzelt sah man bereits bewaffnete Miliz. Vor dem Gebäude der interalliierten Kommission in der Friedrichstraße versammelte sich um ½11 Uhr eine unübersehbare Menschenmenge. Es wurde eine Kommission zum Vorsitzenden der interalliierten Kommission, den Oberst Blanchards, entsandt, der die Abordnung in Gegenwart des militärischen Befehlshabers empfing. Die Mitglieder der deutschen Delegation unterbreiteten dem Vorsitzenden der Kommission die Forderung der Bevölkerung. Diese lautete auf Entwaffnung der französischen Besatzung. Sollte diese Forderung nicht bewilligt werden, so müsse die Verantwortung für alle weiteren Ereignisse abgelehnt werden. Der Militärbefehlshaber erklärte, daß er lieber mit seinen Leuten sterben, als diese Forderung erfüllen würde.

Darauf erwiderte der Sprecher der Deputation, Kubik: „Herr Oberst, Sie vergessen, daß der Krieg zu Ende ist. Sie berufen sich auf Ihre militärische Ehre und vergessen, daß diese Ehre von der Sicherheitswehr auch für sich in Anspruch genommen wird. Bei der Sicherheitswehr haben Sie aber zum Teil die Entwaffnung durchgedrückt." Trotz dieser Einwendungen beharrte der Oberst auf seinem ablehnenden Standpunkt, weshalb die Verhandlungen abgebrochen wurden. Beim Verlassen des Hauses konnten die Vertreter der Kattowitzer Bevölkerung feststellen, daß das Treppenhaus dicht besetzt war mit französischen Soldaten in feldmarschmäßiger Ausrüstung. Beim Heraustreten aus dem Gebäude wurden Rufe aus der Menge laut: „Unsre Leute haben nichts erreicht. Waffen her! Es geht zum Sturm!" Die Deputation konnte sich mit Mühe einen Weg durch die erregte Menge bahnen. Die Vertreter der Bevölkerung versuchten noch einmal, die abgebrochenen Verhandlungen wiederaufzunehmen.

•

Schießerei auch in Rybnik

† Rybnik, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Hier ist die Demonstration blutig verlaufen. Bei der im Stadtgarten abgehaltenen Massenversammlung wurde ein deutscher Redner am Sprechen verhindert und gerufen: Rozanski heraus! Der Polenführer bestieg nun die Tribüne und machte eine Handbewegung, die wie eine Aufforderung zu Tätlichkeiten aussah. Dieses Zeichen faßten die in den Garten stürmenden Polen auch so auf und schlugen erbarmungslos auf die Menge, auch auf Frauen und Kinder ohne Unterschied mit Gummiknüppeln und Stöcken los. Da die Deutschen nicht bewaffnet waren, mußten sie der Gewalt weichen und den Garten verlassen. Nachdem sie aber Verstärkungen herangeholt hatten, besetzten die Deutschen den Gartenausgang. Nun kam es zu einer Schießerei, wobei auf deutscher Seite ein Mann durch Bauchschuß schwer verwundet wurde. Dieses brachte die Erregung auf den Höhepunkt. Einzelne Deutsche bemächtigten sich des Rozanski, der auch aus einem Revolver geschossen haben sollte, und verprügelten ihn. Rozanski hat sein Leben lediglich der Sicherheitspolizei zu verdanken, die ihn in Schutz nahm, derselben Sicherheitspolizei, die er mit allen Mitteln zu verdrängen suchte. Bei seiner Vernehmung äußerte er wörtlich: „Ich stehe nicht an, zu erklären, daß, wenn mich die Sicherheitspolizei nicht geschützt hätte, ich heute totgeschlagen worden wäre. Da Rozanski tatsächlich aus einem Revolver geschossen haben soll, wurde er verhaftet.

•

Lynchjustiz

† Kattowitz, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Gebäude der interalliierten Plebiszitkommission wurde Dr. Milewski von der Menge niedergeschlagen und fortgeschafft. Eine halbamtliche Meldung sagt hierüber, Dr. Milewski habe aus einer dem Plebiszitkommissariat gegenüberliegenden Wohnung auf die demonstrierende Menge zwei Schüsse abgegeben. Er soll sich alsdann, als die Menge die Wohnung stürmte, hinter ein Sofa versteckt haben. Er wurde aber aufgefunden und auf die Straße gebracht, wo er sich den Anschein gab, als wollte er die auf die Rettungswache geschafften Verwundeten verbinden. Die aufgeregte Menge bemächtigte sich seiner und übte an ihm Lynchjustiz. Die Leiche soll in die Rawa geworfen worden sein. Bis in die späten Abendstunden hielt die Erregung der Menge an. An verschiedenen Orten sammelten sich größere Menschenmassen, wo aus ihrer Mitte Ansprachen gehalten wurden.

•

Keine Ursachen zum Schießen

B. Breslau, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Kattowitz wird gemeldet: Bis Mitternacht waren 87 verwundete Personen in die Krankenhäuser von Kattowitz, Beuthen und Rybnik eingeliefert. Unter ihnen sind 13 Schwerverletzte.

Nach den Aussagen von Gewerkschaftsbeamten, die das Ende des Demonstrationszuges gebildet hatten, begann das Feuer der französischen Truppen ohne tätlichen Angriff, nachdem die umstehende Menge sie zu verhöhnen und zu beschimpfen begonnen hatte. Die Franzosen machten gar keine Miene, sich der schuldigen Personen zu bemächtigen, sondern eröffneten sofort und ohne jede Warnung Revolver- und Maschinengewehrfeuer auf den Demonstrationszug und die in den Straßen stehende Bevölkerung. Die Franzosen haben noch in der Nacht die in Kattowitz gebildete Kontrollkommission von Eisenbahnbeamten und Arbeitern, die deutsche Truppentransporte durch Oberschlesien kontrollieren sollte, aufgehoben und ihre Mitglieder zum Teil aus den Betten heraus verhaftet.

•

Weitere Umzüge verboten

K. Königshütte, 18. August. (Eig. Drahtbericht.) Die interalliierte Kommission in Oppeln hat heute früh das Verbot von weiteren öffentlichen Umzügen und öffentlichen Versammlungen im Abstimmungsgebiet bis auf weiteres ausgesprochen. Vier Mitglieder der interalliierten Kommission begaben sich heute früh zur Untersuchung der gestrigen Vorfälle nach Kattowitz.

Im polnischen Klub in Oppeln fand gestern abend eine Sitzung statt, in der die Redner die Hoffnung aussprachen, daß die Entente die für Oktober vorgesehene Abstimmung in Oberschlesien unverzüglich vertagen und für einen mindestens vier Monate späteren Zeitraum festsetzen möge.

•

Gewaltsame Aushebungen?

Wie Berliner Blätter berichten, wurden in Kattowitz sämtliche Straßen von französischem Militär abgesperrt und eine Razzia veranstaltet. Daraufhin sollen etwa 2000 Männer in militärpflichtigem Alter, anscheinend polnische Staatsangehörige, über Myslowitz nach Polen abgeschoben worden sein.

•

Um die Neutralität Oberschlesiens

Der von den freien Gewerkschaften und sozialistischen Parteien Oberschlesiens erlassene Aufruf zum Protest gegen die andauernden Versuche der Neutralitätsverletzung in Oberschlesien führte am Dienstag nachmittag in Kattowitz zu einer gewaltigen Massenkundgebung, zu der sich nicht nur die Arbeiter, sondern alle Schichten der deutschen Bevölkerung in geschlossener Einheit beteiligten. An der Berechtigung zu einer solchen nachdrücklichen Demonstration ist nicht zu zweifeln, denn trotz aller Ableugnungsversuche und offiziellen Dementis haben gewisse Pariser Kreise, die einer vernünftigen Ueberlegung und einer ruhigen objektiven Beurteilung der realen Verhältnisse unfähig sind, noch immer nicht den unsinnigen Plan aufgegeben, Oberschlesien zum Aufmarschgebiet gegen das unaufhaltsam vordringende Sowjetrußland zu machen. Und so aussichtslos dieser Plan auch sein mag, da Frankreich zu einem ernstlichen militärischen Eingreifen in den russischen Krieg gar nicht imstande ist, so steckt er doch als die letzte treibende Kraft hinter den Bestrebungen, die Zahl der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien nach Möglichkeit und unter Bruch der deutschen Neutralität zu vermehren. Daß aber solche Truppenverstärkungen einerseits die Gefahr kriegerischer Verwicklungen erhöhen, liegt ebenso auf der Hand, wie sie anderseits eine weitere schwere Belastung der ohnehin über die Kraft angespannten Steuerzahler bedingen.

Den Demonstranten mußte also die Berechtigung zu ihrer Kundgebung für die unbedingt aufrechtzuerhaltende Neutralität durchaus zugestanden werden. Darüber hinaus erscheint es aber auch menschlich begreiflich, wenn nun bei dieser Gelegenheit gleichzeitig der lange mühsam verhaltene Unmut über das aufreizende Verhalten der französischen Besatzungstruppen stürmisch zum Ausdruck kam. Die anmaßliche Ueberhebung der fremden Bedrücker, die stets selbst dafür sorgten, daß man sie als unversöhnliche Feinde betrachtet, erzeugte ganz naturgemäß eine stündig wachsende Erbitterung und eine unerträgliche Spannung. Sie über kurz oder lang einmal zu einer verhängnisvollen Explosion führen mußte. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. So kam es denn, daß bei der durch die Vorgänge in Kattowitz aufs höchste gestiegenen Erregung der Massen an den Vorsitzenden der interalliierten Kommission schließlich die Forderung auf unverzügliche Entwaffnung der französischen Besatzung gestellt wurde.

Damit war leider der Punkt erreicht, wo das gute Recht der für die Neutralität Oberschlesiens eintretenden Demonstranten Gefahr lief, ins Unrecht umzuschlagen. Und bedauerlicherweise ist es dann im weiteren Verlauf der erregten Auseinandersetzungen zu blutigen Zusammenstößen nicht nur mit polnischen Störenfrieden, die hier im trüben zu fischen versuchten, sondern auch mit den französischen Truppen gekommen. Die Menge griff die französische Kavallerie an, wobei ein französischer Soldat tot auf dem Platze blieb. Darauf eröffneten die Franzosen Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer, dem neun Tote, darunter zwei Sicherheitspolizisten, und 26 Verwundete zum Opfer fielen. Endlich wurde das französische Militär auf Grund von Unterhandlungen mit den Gewerkschaftsführern zurückgezogen.

Von den deutschen Rednern, die bei der Kundgebung am Nachmittag zu den Massen sprachen, hatte einer im Hinblick auf die Verteilung der oberschlesischen Kohle gesagt: „Wir haben die Pflicht, auch für unsre im Reiche befindlichen Brüder zu sorgen." Dieses gute Wort hätte man auch später vor Augen behalten sollen. Denn daß das Blutvergießen neue Folgen nach sich ziehen wird, unter denen das ganze Reich zu leiden haben wird, darf leider kaum bezweifelt werden. Wir sollten nie und unter keinen Umständen vergessen, daß nach wie vor auf unsre Vernichtung bedachte Kreise in Frankreich mit lechzender Gier nur auf einen Vorwand warten, der ihnen auch nur einen Schein von Berechtigung geben könnte, den Krieg gegen den Bolschewismus an der Westgrenze des Deutschen Reiches anzufachen. Die Form, wie man sich in Paris die Verwirklichung dieses Schlagworts denkt, besteht natürlich in einer Annexion oder zum mindesten in einer vorläufigen Besetzung des Ruhrreviers. Und so könnten wir im schlimmsten, doch hoffentlich nicht eintretenden Falle das Schicksal erleben, daß die Oberschlesier, die es für ihre Pflicht halten, bei der Verteilung der oberschlesischen Kohle auch für die im Reiche befindlichen Brüder zu sorgen, durch ihr Verhalten den Anstoß dazu geben, daß wir der unentbehrlichen Ruhrkohle ganz verlustig gehen.

Frankreichs böse Absichten

Unter allen den unerträglichen Bestimmungen des Versailler Gewaltvertrages sind wohl die unerträglichsten für jeden Deutschen die, die unsern Feinden das Recht einräumen, weite Gebietsteile unsres Vaterlandes auf längere Dauer besetzt zu halten oder auf Grund einer ziemlich problematischen Abstimmung über deren ferneres Schicksal zu entscheiden. Diese Bestimmungen gehen in der Hauptsache auf Frankreich zurück, das seine dem Präsidenten Wilson zuliebe mit heuchlerischer Sophistik bemäntelten Annexionspläne auf diesem Umwege schließlich doch noch durchzusetzen hofft. Man wiegte sich in Paris in den Glauben, daß es in einem Zeitraum von 15 Jahren gelingen müsse, durch wechselweise Anwendung von Zuckerbrot und Peitsche, durch ein aus Drohungen, Bestechungen und Schmeicheleien gemischtes System die westlichen Grenzgebiete ihrem Mutterlande abspenstig zu machen, um sie dann teils förmlich sich angliedern, teils zu einem unter französischem Protektorat stehenden klerikalen Pufferstaat zusammenschließen zu können. Das letzte Ziel, das sich wie ein roter Faden durch die gesamte Politik des Quai d'Orsay hindurchzieht, mag es sich nun um die polnische, russische, österreichische oder sonst eine Frage handeln, ist auch hier wiederum das: Deutschland politisch und wirtschaftlich so weit als möglich zu schwächen und seinen Wiederaufstieg mit allen Mitteln zu verhindern.

Nun hat die Entwicklung der Dinge in unsern besetzten Gebieten, wie jeder vernünftige Mensch voraussehen mußte, den französischen Illusionspolitikern bisher durchaus unrecht gegeben. Trotzdem jeder separatistische Keim, wo er sich irgend zeigte, aufs liebevollste gehegt und gefördert wurde, erlebten die Franzosen Enttäuschungen auf Enttäuschungen, ohne sich jedoch dadurch zum Verzicht auf ihre törichten Pläne bewegen zu lassen. Nachdem jetzt auch noch das Fiasko der Polenpolitik klar zutage getreten ist, hat man an der Seine vollkommen die Ruhe verloren. Die Brüskierung des englischen Bundesgenossen durch die Anerkennung des Generals Wrangel stellt sich als ein Ausfluß dieser Nervosität und Ratlosigkeit dar, das gleiche gilt auch von der Behandlung, die man in den letzten Wochen dem Saargebiet angedeihen zu lassen beliebte. Aber während Rußland, das für Frankreich heute ziemlich unerreichbar ist, diese Dinge mit schöner Gelassenheit und nicht ohne Schadenfreude von der Ferne beobachten kann, haben wir, die wir hilflos jeder Willkür unsrer westlichen Nachbarn ausgeliefert sind, sofort und unmittelbar darunter zu leiden. Es wurde hier schon darauf hingewiesen, wie die Gefahr des russisch-polnischen Krieges für uns vor allem darin liege, daß Frankreich versuchen werde, die Scharte im Osten im Westen wieder auszuwetzen.

Wer darüber noch einen Augenblick zweifelhaft sein konnte, den mußten die Artikel der Pariser Presse in den letzten Tagen eines besseren belehren. Die französischen Militaristen, von denen viele das Ende der Entente über kurz oder lang hoch erwarten, scheinen in der Tat den Augenblick für gekommen zu erachten, unter dem Deckmantel der Bolschewistenabwehr oder sonst einem Vorwande im Westen neue Tatsachen zu schaffen und ihre Annektionspläne der Verwirklichung näherzubringen. Darauf deuten die sehr bestimmten und durchaus ernst zu nehmenden Meldungen über neuerliche große Truppenansammlungen im Elsaß und im Rheingebiet. Einen Vorwand für solche Maßnahmen haben sich die Franzosen auch durch den Generalstreik im Saargebiet geschaffen. Ich sage ausdrücklich: geschaffen; denn durch das provokatorische Vorgehen der ganz unter ihrem Einfluß stehenden Regierungskommission, die sich über alle Zusagen hinwegsetzte und den Beamten in der schroffsten Form ihren Willen diktierte, haben sie diese sowohl wie die Arbeiter planmäßig in den Streik getrieben. Er war das letzte Auskunftsmittel, das diesen Entrechteten und Geknechteten, für ihr Deutschtum mannhaft Einstehenden blieb. Der darauffolgende verhängte Belagerungszustand, der dem Militär freie Bahn schuf, gab den Franzosen erwünschte Gelegenheit, gegen die ihnen mißliebigen Elemente, das will heißen, gegen die rückgratfesten unter den deutschen Beamten, vorzugehen.

Die deutsche Regierung hat dann durch ihre diplomatischen Vertreter diese Vorgänge in London, Paris und Rom zur Sprache bringen lassen. Ob ihrem Schritte irgendein Erfolg beschieden sein wird, muß nach den bisherigen Erfahrungen stark bezweifelt werden. Sie befindet sich — das muß man sich immer vor Augen halten — bei diesen Dingen überhaupt in einer außerordentlich schwierigen Lage, denn leicht kann ihr Eingreifen den Volksgenossen, denen sie helfen will, mehr schaden als nützen. Beziehigt man sie in Paris doch sowieso schon, die saarländischen Beamten aufgehetzt zu haben. Das war nicht nötig; die Franzosen haben das bereits allein und gründlicher besorgt, als wir es jemals vermocht hätten. Und was das „Komplott" anbelangt, das man im Saarlande entdeckt haben will, so handelt es sich dabei, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, lediglich um folgendes: Bei dem früheren Zentrumsabgeordneten Ollmert haben die Franzosen Akten des „Heimatdienstes" beschlagnahmt, aus denen hervorgehen soll, daß die deutsche Regierung 5½ Millionen zur Stärkung des Deutschtums im Saargebiete ausgeworfen habe. Ein Teil der Summe soll der deutschen Saarpresse zugute kommen, um diese in die Lage zu setzen, genügend Papier zu erschwinglichen Preisen zu beziehen. Der Rest ist zur Förderung des deutschen Theaters, der deutschen Musik und des deutschen Tanzens bestimmt. Will man uns etwa daraus einen Vorwurf machen? Es sind durchweg Zwecke, die zu

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200819/1